

II-11498 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5564 1J

A N F R A G E

1993 -11- 10

der Abgeordneten Ing. Meischberger, Rosenstingl
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Mineralölsteuererhöhung ab. 1.1.1994

In den letzten Monaten flammte immer wieder die Diskussion um eine Erhöhung der Mineralölsteuer ab 1.1.1994 auf. Vor allem die sich als zuständig produzierende Umweltministerin Rauch-Kallat, aber auch der Wirtschafts- und der Verkehrsminister steigen immer wieder in diese Diskussion ein, wobei permanent mit falschen Fakten und Taten argumentiert wird. Die Palette dieser Argumentationslinie reicht von den durch eine Mineralölsteuererhöhung zu erreichenden umweltpolitischen Erfolgen, über die Finanzierung des Straßennetzes bis hin zur Argumentation des Verkehrsministers, der Ausbau des Nahverkehrs werde damit finanziert. Die geforderte Erhöhung reicht dabei von 50 Groschen bis 1,20 Schilling.

Derzeit beträgt der CO2-Anteil des Verkehrs in Österreich etwa 16 %, davon stammen nur 8 % von PKWs.

Der Anteil Österreichs an den sogenannten Treibhausgasen beträgt - in Relation zu den Emissionen der gesamten Welt - insgesamt 0,3 %. Der Anteil des PKW-Verkehrs lässt sich somit nicht einmal in Promille feststellen, selbst wenn man in Österreich eine Verringerung von 30 % bewirken könnte, wäre - laut Auskunft der SPÖ-nahen Autofahrerorganisation ARBÖ - die Wirkung auf das Weltklima praktisch Null.